V-30 Gerechte Reform statt Illusion: Gute Renten für Nachkriegsgeneration, Baby-Boomer und Gen-7!

Antragsteller*in: Tjark Melchert (KV Gifhorn)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine große Errungenschaft unseres
- Sozialstaats. Durch sie wird auch nach dem Berufsleben die Arbeit wertgeschätzt,
- welche die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler während ihres Erwerbslebens
- für sich und die Gesellschaft geleistet haben. Die gesetzliche
- Rentenversicherung ist die zentrale Säule der Alterssicherung in Deutschland.
- 6 Sie ist unabkömmlich, damit die Menschen auch im Alter finanziell abgesichert
- sind. Es ist wichtig, dass sich die Menschen auch in Zukunft auf die
- 8 Altersvorsorge verlassen können. Das gilt für alle für die Auszubildene, für
- den Lehrling, aber insbesondere auch für die Menschen, die schon jetzt ihre
- Rente beziehen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen von
- den zusätzlichen Säulen profitieren können: Betriebsrenten und private Vorsorge
- sind von großer Bedeutung für eine funktionierende finanzielle Alterssicherung.
- Denn am Ende ist entscheidend, welches Alterssicherungsniveau abgebildet werden
- 14 kann.
- 15 Gute Löhne und ein funktionierender Arbeitsmarkt sind zentral, um die
- Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung abzusichern. Aber der
- demografische Wandel stellt unseren Generationenvertrag vor große
- 18 Herausforderungen. Immer weniger Erwerbstätige zahlen in das gesetzliche
- 9 Rentensystem ein. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung und mit ihr die Zeit
- des Rentenbezugs. In den 1960er Jahren kamen auf eine oder einen
- 21 Rentenbeziehenden noch sechs Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Heute liegt
- das Verhältnis bei zwei zu eins mit sinkender Tendenz. Die Beiträge zur
- Rentenversicherung liegen aktuell bei 18,6%. In den 1960er Jahren waren es rund
- 14 Prozent. In den kommenden Jahren droht ein deutlicher Anstieg des
- Beitragssatzes. Die Hälfte der Beiträge wird von den Arbeitgebern getragen. So
- hat das System auch Einfluss auf die Standortbedingungen für Unternehmen.
- 27 Steigende Lohnnebenkosten sind eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit
- unseres Standorts. Insbesondere der Renteneintritt der Babyboomer stellt unser
- 29 Rentensystem vor große Herausforderungen. Wir müssen eine Überforderung der
- jungen Generation verhindern. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, unser
- Alterssicherungssystem jetzt zu reformieren.
- Für unser gesetzliches Rentensystem ist eine hohe Beschäftigungsguote
- essenziell. Eine zentrale Aufgabe zur Stabilisierung des Systems ist es
- deswegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsquote weiter zu
- s erhöhen.
- Noch immer übernehmen Frauen den Hauptteil der Erziehungs- und Pflegeaufgaben in
- Familien. Noch immer arbeiten sie deswegen oft in Teilzeit. Dadurch ist ihr Lohn
- dann oft niedriger. Starke Bildungsinstitutionen mit guten Betreuungsangeboten
- und ein funktionierendes Pflegesystem würden gerade sie entlasten. Sie bekämen
- 40 Freiräume, stärker am Arbeitsleben teilzunehmen. Der Rechtsanspruch auf
- 41 Ganztagsbetreuung kann dabei helfen und muss entsprechend umgesetzt werden.

- Angesichts der kommunalen Finanzlage ist der Bund hier gefordert, Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen.
- Zusätzlich müssen wir stärker die Arbeitspotenziale heben, die durch Migration
- entstehen. Besonders die qualifizierte Zuwanderung ist nicht nur für unsere
- Wettbewerbsfähigkeit wichtig, sie entlastet auch die gesetzliche
- 47 Rentenversicherung. Die Hürden für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt sind noch
- 48 immer zu hoch. Das betrifft insbesondere auch die Menschen aus der Ukraine. Sie
- sind oft gut ausgebildet, aber die fehlende Anerkennung ihrer Abschlüsse und
- eine schlechte Betreuungssituation hindern sie, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu
- fassen. Wir setzen uns für Regelungen ein, die eine Anerkennung von beruflichen
- 52 Qualifikationen wesentlich erleichtern.
- Eine höhere Erwerbsquote alleine wird die Kosten des gesetzlichen Rentensystems
- nicht begrenzen. Schon heute fließt etwa jeder vierte Euro aus dem
- Bundeshaushalt an die gesetzliche Rentenversicherung. Das sind über 120
- Milliarden Euro. Die von CDU, CSU und SPD geplante Haltelinie des Rentenniveaus
- 57 bis 2031 und die Ausweitung der Mütterrente kosten weitere Milliarden. Die
- Haltelinie kostet im Jahr 2040 gut 15 Milliarden Euro an zusätzlichen Zuschüssen
- 9 aus dem Bundeshaushalt. Eine weitere Stufe der Mütterente ist mit jährlichen
- 60 Kosten von fünf Milliarden Euro verbunden. Grundsätzlich ist es richtig, dass
- eine Anerkennung der Erziehungsleistung unabhängig vom Geburtsjahr erfolgt.
- 62 Bisher müssen diese Kosten vor allem die jungen Generationen tragen. Nicht nur
- 63 beim wenig ambitionierten Klimaschutz handelt die schwarz-rote Koalition im Bund
- gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit. Auch mit ihrer Rentenpolitik
 - ignoriert sie die Interessen der jungen Menschen in unserem Land. Damit
- gefährdet sie langfristig den bestehenden Generationenvertrag. Denn je mehr
- Ausgaben für das Rentensystem im Bundeshaushalt gebunden sind, desto niedriger
- 68 sind die Spielräume für andere wichtige Aufgaben Bildung, Forschung oder
- 2 Zukunftsinvestitionen. Deshalb brauchen wir strukturelle Reformen, die
- 70 sicherstellen, dass weder die Beitragssätze noch die Zuschüsse aus dem
- 71 Bundeshaushalt an die Rentenversicherung weiter dynamisch ansteigen und die
- Rente gleichzeitig verlässlich bleibt. Die Wiedereinsetzung des
- Nachhaltigkeitsfaktors im Altersvorsorgesystem ist ein erster Schritt für den
- 14 Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Generationen. Demografische
- und konjunkturelle Faktoren werden durch ihn stärker berücksichtigt. Darüber
- 76 hinaus sollte die steigende Lebenserwartung stärker bei der Lebensarbeitszeit
- 77 berücksichtigt werden.
- 78 Neben diesen Maßnahmen wollen wir die Anreize im System neu austarieren. Von
- 79 denjenigen, die die sogenannte Rente mit 63 bisher in Anspruch genommen haben,
- 80 war nur etwa jeder Dritte von harter körperlicher Arbeit belastet. Der
- abschlagsfreie Eintritt in die Rente muss in Zukunft allein dieser Gruppe
- vorbehalten bleiben.
- Darüber hinaus gilt es die private kapitalgedeckte Altersvorsorge deutlich zu
- stärken, um die langfristig hohen Renditen der Kapitalmärkte für ein
- auskömmliches Einkommen im Alter stärker zu nutzen. Die nordischen Länder sind
- 86 hier gute Vorbilder. Wir benötigen einen öffentlichen Altersvorsorgefonds für
- alle. Menschen, die bei ihrer Altersvorsorge nicht auf die Kapitalmärkte
- zurückgreifen wollen, müssen eine Opt-Out-Möglichkeit für so einen Baustein der
- Altersvorsorge bekommen.

- Zusätzlich sollte die betriebliche Altersvorsorge transparenter und günstiger
 werden. Mehr Wettbewerb zwischen privaten Anbietern, leichtere
- Wechselmöglichkeiten zwischen Produkten und eine Begrenzung der Gebühren sind
- wichtige Bausteine. Auch hier ist die Schaffung eines Basisprodukts möglich. Die
- 94 Absicherung für das Alter würde so für viele Menschen erleichtert.
- Für diejenigen, die nach Erreichen ihres regulären Rentenalters weiterarbeiten
- möchten, schlagen wir pragmatische Wege vor. So könnten diese Menschen
- 27 zusätzlich zu ihrem Lohn die Beiträge für Renten- und Arbeitslosenversicherung
- ausgezahlt bekommen. Das wäre ohne erhebliche verfassungsrechtliche Risiken
- möglich, wie sie die schwarz-rote Koalition für ihre Pläne für eine "Aktivrente"
- in Kauf nimmt.
- Außerdem gilt es, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
- möglichst zu erhöhen. Zwar ist eine Bürgerversicherung auch im Bereich der
- Alterssicherung unser langfristiges Ziel, allerdings braucht es dafür eine sehr
- lange Übergangszeit. Zunächst gilt es, Verbeamtungen bei Bund, Ländern und
- Kommunen auf die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse zu konzentrieren.
- 106 Für diejenigen, deren Rente trotz langjähriger Beitragszahler unter dem
- Existenzminimum liegt, halten wir an der Idee einer Garantierente fest.
- Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet oder sich um Kinder und
- andere Familienangehörige gekümmert haben, sollten im Alter eine Rente oberhalb
- der Grundsicherung beziehen. Dies kann sichergestellt werden, indem die
- innerhalb einer Mindestversicherungszeit erworbenen Ansprüche höher bewertet
- werden. Die Garantierente soll ohne Bedürftigkeitsprüfung auskommen und
- betriebliche sowie private Altersvorsorge sollen nicht angerechnet werden.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Schubert (KV Görlitz); Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein); Thomas Potthoff (KV Oldenburg-Stadt); Dennis Helmich (KV Halle); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); André Höftmann (KV Fürth-Land); Elias Enderlein (KV Rhein-Erft-Kreis); Lukas Weber (KV Heidelberg); Martin Wolf (KV Miesbach); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Luise Lück (KV Berlin-Pankow); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Florian Pankowski (KV Bochum); Michael Kost (KV Erfurt); Caja Bureck (KV Friesland); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); sowie 50 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.